

Haushaltsrede 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,  
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,  
verehrte Pressevertreter

last but not least - verehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zu Beginn möchte ich mich der Worte eines des bekannten amerikanischen Präsidenten J.F.Kennedy bedienen:

*„Wir tun, was getan werden muss – unabhängig, davon welche Folgen das für uns hat, ob es Hindernisse, Gefahren oder Widerstand für uns gibt.*

*Das ist die Grundlage aller Moral“*

Was solch ein großer Staatsmann gesagt hat, muss auch für uns gelten. Wieder ist ein Jahr vergangen und die Haushaltsreden für 2020 sind fast alle abgeschlossen.

Der Haushaltsentwurf 2020 und auch im Hinblick auf das Jahr 2022 mit einem ausgeglichenen Haushalt sah zunächst gut aus. Dann sind uns gewaltige Brocken in die Quere gekommen, die es zu beseitigen gilt.

Die Verwaltung und vor allem die Kämmerei haben sehr schnell und gut reagiert und eine Liste der freiwilligen Leistungen aufgestellt und den Fraktionen übergeben. Die meisten Fraktionen haben diese Liste durchgearbeitet und der Verwaltung ein „Feedback“ zukommen lassen.

Der Kämmerer hat diese Antworten in eine Datei eintragen lassen und diese Ergebnisse in einem interfraktionellen Gespräch präsentiert. Die Liste wurde ausführlich durchgesprochen. Dabei konnten viele Punkte geklärt werden und eine erste Kürzungsliste wurde weitgehend einvernehmlich erarbeitet. Diese Einsparungen wurden und werden von uns mitgetragen.

Es ist schon erstaunlich, wie diese interfraktionellen Gespräche sich in der jüngsten Vergangenheit bewährt haben und wie selbst eine so schwierige Materie wie der Haushalt harmonisch abgearbeitet wurde.

Wir haben den Beschluss für den Haushalt 2019, die Kommunalsteuern nicht zu erhöhen, gerne mitgetragen. Somit wurden die Bürgerinnen und Bürger in Wetter im vergangenen Jahr nicht zusätzlich belastet.

Leider ist für die kommenden Jahre keine solche Übereinkunft zu erwarten. **Die „Bürger für Wetter“ lehnen eine Erhöhung von Steuern und Gebühren ab.**

Wenn die Mehrheit dieses Rates einen Feuerwehrgerätehaus-Neubau an einem Standort beschließt, der über 1 Million Euro (das ist eine 1 mit 6 Nullen) kostet und nicht zukunftsfest ist, können wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nicht begreiflich machen, dass dafür die Steuern erhöht werden müssen. .... Gewiss eine Kausalität zwischen diesen Ereignissen besteht nicht unbedingt, das wissen die Politiker und einige politisch engagierte Menschen. Aber wie sollen wir das dem „Lieschen Müller“ begreiflich machen?

Schon in den Vorbemerkungen zum Haushalt wird ganz offen gesagt, dass es das erklärte Ziel ist, die Ansätze der Steuern so hoch wie möglich zu veranschlagen. Nur bei der Grundsteuer B haben wir uns das bisher nicht getraut.

Gerade die Erhöhungen der Grundsteuer B machen sich für jeden Bürger dieser Stadt in einer gestiegenen Nebenkostenabrechnung bemerkbar und da wird gedanklich schnell eine Verbindung zu einzelnen Millionen-Ausgaben hergestellt. Außerdem macht es unsere Stadt, in der der Wohnungsmarkt in einigen Stadtteilen bereits sehr angespannt ist, nicht unbedingt attraktiver, wenn Wohnraum zukünftig noch teurer wird.

Meine Damen und Herren, *der italienische Theologe und Philosoph Thomas von Aquin hat gesagt „Steuern sind ein erlaubter Fall von Raub“.*

Ich finde er hat Recht und daher sind Einsparungen bei den Kosten immer sinnvoller als Steuererhöhungen.

Wir haben Kostensenkungen bei den Schülerfahrkosten schon im Jahre 2018 beantragt. Leider ist dies bisher nicht ansatzweise umgesetzt worden. Es war bis heute in diesem Rat nicht möglich, sich angemessen mit der Subventionierung der VER durch die Stadt Wetter zu beschäftigen. Schade eigentlich, denn es ist Steuergeld, das hier verbrannt wird.

Ich will hier die Diskussion über das Thema nicht neu anfachen, aber ein kleiner bis mittlerer Einsparungsbeitrag zum Haushalt wäre hier zu erwirtschaften gewesen.

Vor vielen Jahren haben die BfW eine Diskussion über die Aufgaben der Verwaltung ins Leben gerufen, die dann leider im Sande verlaufen ist.

Deshalb erinnern wir an dieser Stelle noch einmal daran: Wir, der Rat dieser Stadt, haben die Aufgabe festzulegen, welche Produkte (im Sinne des NKF) zukünftig (von der Stadt) „angeboten“ werden müssen und auf welche man komplett oder teilweise verzichten kann. Wir, der Rat, haben es nicht getan.

Nunmehr sehen wir uns vor Aufgaben gestellt, die wir lösen müssen, unter Berücksichtigung der gravierenden neuen Entwicklungen, z.B. dem demografischen Wandel, der Digitalisierung, des E-Governments (Information, Kommunikation und Transaktion). Hier ist unseres

Erachtens eine größere Einsparung von Kosten möglich. Daher sollte man einen neuen Ansatz wagen.

Und wir müssen endlich Schluss machen mit Schaufensterpolitik. Einige Anträge auf zusätzliche Mittel für den Haushalt sind zwar sinnvoll und begründet, aber in Anbetracht der Tatsache, dass wir Kosten einsparen müssen, sind diese unseres Erachtens in dieser Haushaltsdebatte nicht sinnvoll.

Da werden fast einvernehmlich z.B. 30.000 € in den Haushalt eingestellt für das Projekt „Seebrücke“. Wofür eigentlich?

1. 30.000 € decken nicht einmal die sozialen Transferleistungen einer Person in einem Jahr ab.
2. Alle Politiker\*innen und die meisten Bürger\*innen wissen, dass das Geld kaum eingesetzt werden kann, da die Bundes- und Landesregierung erst die politischen Voraussetzungen schaffen müssten.

Warum also jetzt dieser Antrag?

Meine Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch, der Grundgedanke des Projekts ist ehrenwert, aber würden die Antragsteller\*innen zu Spenden für die Aufnahme und den Unterhalt von Migranten gemäß dem Projekt „Seebrücke“ aufrufen, hätten wir den allergrößten Respekt und Hochachtung vor Ihnen. – Übrigens so etwas hatten wir schon, wenn auch im kleineren Rahmen, für Fahrkarten im Bürgerbus in Wengern, mit Erfolg ins Leben gerufen.

Aber dies ist ein Nebenschauplatz, verglichen mit dem großen Ganzen. Sie glauben so im öffentlichen Ansehen Moralpunkte sammeln zu können und Wählerstimmen zu gewinnen. Aber die Zahl derer, die sich davon blenden lassen, wird sich durch die Zahl der anderen, die dies durchschauen, nivellieren. Gerade deshalb haben solche Anträge im Haushalt 2020 keinen Platz.

*Schon Manfred Rommel hat festgestellt „dass die Politik zu einer Kunst geworden ist, die es versteht, den Bürgern auf unauffällige Weise ihr Geld abzunehmen und es nach Abzug steigender Verwaltungskosten in einem Zeremoniell so zu verteilen, dass jeder sich noch für beschenkt hält*

*Manfred Rommel, deutscher Politiker*

Auch wehren wir uns, wie schon in der Vergangenheit häufig angebracht, vehement dagegen, dass durch eine sogenannte Gewinnabführung des Stadtbetriebes de facto Gebühren in Steuern verwandelt werden. Dies ist ein Griff in die Taschen des Bürgers, Alle Jahre wieder. Wir hoffen, dass dies im Zuge der Umstrukturierung bald der Vergangenheit angehören wird.

Leider werden den Kommunen immer neue Belastungen durch die Landes- und Bundesregierungen auferlegt. Das Konnexitätsprinzip wird hier ad absurdum geführt, wie wir es am KiBiz Gesetz erlebt haben. .  
Leider haben **wir** politisch keine Möglichkeit auf die Landespolitik Einfluss zu nehmen, dass das Land NRW immer noch die „Freien Wähler“ diskriminiert, anders als in anderen Bundesländern.

Aber auch der EN-Kreis ist gefragt. Leider können die Vertreter im Kreis sich bequem zurücklehnen und die Kreisumlage beliebig zu ihren Gunsten gestalten. Die Kommunen müssen dies auslöffeln. Auch hier muss umgedacht werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche noch einen guten Verlauf der Sitzung.